

# CHRONIK DER ZEIT

## Große oder kleine Mehrheit für deutsche Soldaten?

Nie hat es wahrscheinlich in einem Volk eine größere geistige Verwirrung gegeben als im deutschen Volk angesichts der Frage, ob es wieder Waffen tragen sollte. Nie hat es auch eine ernstere und schrecklichere Entscheidung gegeben als diese. Jeder, der mit dem sozialen, politischen und geistigen Schicksal Deutschlands ringt, weiß, daß das Ja und auch das Nein in dieser Frage der Kreuzweg des Geschickes ist.

Niemand bestreitet, daß nur die bitterste Notwendigkeit dieses Ja rechtfertigen kann. Wenn es stimmt, daß uns die Überwältigung durch die Macht des Ostens und damit die Zerstörung all unserer politischen, sozialen und geistigen Werte droht, dann müßten viele — durchaus zu Recht bestehende — Einwände gegen die Wiederaufrüstung zurückgestellt werden. Die Mehrzahl der Menschen glaubt heute, daß eine Entspannung in der Welt eingetreten und daß die Drohung mindestens schwächer geworden sei. Niemand aber vermag zu sagen, ob das wirklich so ist.

Es ist unbestritten, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes von einer elementaren Abneigung gegen die Wiederaufrüstung erfüllt ist. Selbst Neo-Nazismus und Nationalismus lassen sich von der anti-militaristischen Woge in Deutschland tragen. („Wir schlagen uns nicht für unsere Bedrücker.“)

Dem deutschen Volk fällt die Entscheidung unendlich schwer und der Westen tut wenig, sie ihm leicht zu machen. „Gleiche Chance, gleiche Last, gleiches Recht“; diese Formel wird — sicherlich mit wechselnder Leidenschaft und mit wechselnder Unbedingtheit — von allen Deutschen vertreten; aber die Verwirklichung ist noch sehr, sehr weit. Die Ernennung eines Botschafters Frankreichs für das Saargebiet hat den Plan der europäischen Armee wieder ins Dunkel und in die Ungewißheit getaucht. Es ist wahrhaftig nicht viel Wille da, es den Deutschen leicht zu machen.

In Deutschland selbst ist die Frage nun so verwirrt, daß eine von allen großen politischen und sozialen Gruppen bejahte Entscheidung kaum noch zu erhoffen ist. Die Deutschen wissen nicht einmal, wie verfassungsmäßig über den deutschen Wehrbeitrag entschieden werden könnte. Es ist ein großer Streit darüber entbrannt, ob das Gesetz über den deutschen Wehrbeitrag mit einfacher Mehrheit im Bundestag beschlossen werden kann. Darüber hat die SPD Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Die Anhänger der Auffassung, daß eine einfache Mehrheit genüge, stützen sich darauf, daß der Artikel 4 des Grundgesetzes mit der Festlegung des Rechtes auf die Kriegsdienstverweigerung den „Kriegsdienst“ selber voraussetze und daß der Artikel 26 mit seinem Verbot des Angriffskrieges indirekt den Verteidigungskrieg legitimiere. Auch die Ermächtigung zum Anschluß an ein internationales System der Sicherheit, wie sie das Grundgesetz erteilt, wird herangezogen. Die Auffassung, daß eine Verfassungsänderung notwendig sei, führt juristisch vor allem an, daß in der Aufzählung der Kompetenzen der Bundesregierung die Verfügungsgewalt über eine Wehrmacht eindeutig fehle.

Die politischen Argumente sehen auf der einen Seite folgendermaßen aus: Der gegenwärtige Bundestag sei zu einer Zeit gewählt worden, als die Frage der deutschen Wiederbewaffnung noch nicht einmal am Horizont sichtbar gewesen sei. Der gegenwärtige Bundestag habe daher kein echtes „Mandat“ zu einer Entscheidung darüber. Die Mehrheit für eine Entscheidung, die Leben und Tod des deutschen Volkes berühre, könne ohnehin nicht so einseitig und so dünn sein wie die gegenwärtige Majorität des Bundestages. Die entgegengesetzte Argumentation läuft auf folgendes hinaus: Die „große Mehrheit“ setzt in jedem Fall eine Verständigung zwischen Regierung und Opposition voraus. Eine Zweidrittelmehrheit in einem neugewählten Bundestag ist nach menschlicher Voraussicht nur zu haben, wenn die bisherige Opposition und erhebliche Teile der bisherigen Regierung zusammen eine Koalition bilden oder sich einigen. Es habe sich aber als unmöglich herausgestellt, die Übereinstimmung von Regierung und Opposition zu erzielen. Das Erfordernis der Verfassungsänderung für den Wehrbeitrag oder für Neuwahlen müßte also die Bundesrepublik in dieser Frage aktionsunfähig machen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Uneinigkeit über den Wehrbeitrag — d. h. über eine Fundamentalfrage einer Nation, über die in einer Demokratie Einigkeit herrschen müßte — zu den bedrückendsten Symptomen der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik gehört.

Zu einer Sensation aufgebauschte Erklärungen des Mitgliedes des Bundesvorstandes des DGB, vom Hoff, gaben dem Bundesausschuß des DGB Gelegenheit, die Stellungnahme des DGB zu dieser Schicksalsfrage der deutschen Nation erneut zu präzisieren. Die Erklärung hat die positive Bedeutung, daß sie jenseits von taktischen

Überlegungen und Positionen und auch jenseits von Parteistandpunkten einige wohl von der Mehrheit des deutschen Volkes bejahte Grundsätze feststellt und dadurch dazu beiträgt, die fast hoffnungslos verkrampfte Auseinandersetzung zwischen den politischen Gruppen in Deutschland um den Wehrbeitrag zu entspannen. Der DGB bekennt sich in dieser Erklärung zum Prinzip der wehrhaften Verteidigung der Demokratie gegen innere und äußere Feinde. Er rückt damit ab von dem Selbstmörderpazifismus der Neutralisten, die in dem großen Weltgegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit keine Stellung beziehen.

#### **Verteidigung mit tauglichen Mitteln**

Der zweite wesentliche Gesichtspunkt in der Erklärung des DGB betont, daß die Demokratie nicht mit Mitteln verteidigt werden kann, die zum Schluß eine Bedrohung ihrer selbst darstellen. Der Weltkampf zwischen Freiheit und Unfreiheit wird auch noch mit anderen Mitteln durchgeföhren als denen der militärischen Macht. Es besteht immer die Gefahr, daß die Demokratie unter der Last ihrer militärischen Rüstung zusammenbricht, ohne daß die totalitären Mächte überhaupt ihre militärischen Waffen einzusetzen brauchen. Wenn die Verteidiger einer Nation an Entkräftung dahinsinken, ist es für den Feind genau so viel, als hätte er sie erschlagen. Vorbildliche Sozialeinrichtungen allein sind sicherlich noch kein Schutz gegen die äußere militärische Bedrohung. Wirtschaftliche Blüte zieht sogar oft die Eroberer an. Aber die beiden Weltkriege haben auch gelehrt, daß industrielle und militärische Macht miteinander Hand in Hand gehen. Die Zeiten sind vorbei, da vor allem die rückständigen und verarmten Völker sich mit besonderem Erfolg dem Kriegshandwerk hingaben. Heute gehen wirtschaftlich und sozial schwache und rückständige Völker mit fast tödlicher Sicherheit auch militärisch zugrunde. Darum stellt die Erklärung des DGB fest: „Die Verteidigung der Demokratie und der Freiheit kann nur dann von den schaffenden Menschen getragen werden, wenn die demokratischen Staaten eine bewußt fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben.“

Damit hängt ein dritter wesentlicher Gesichtspunkt in der Erklärung des DGB zusammen. Es dürfe kein Wiederaufbau des alten verhängnisvollen Militarismus erfolgen und jegliche aggressive Außenpolitik müsse vermieden werden. Hier ist der Finger auf eine entscheidende Stelle in dem Kampf um die Wiederaufrüstung gelegt. Es kommt nicht so sehr darauf an, das entstehende deutsche Heer mit Niederrufen zu bedenken, sondern alle Kraft daranzusetzen, daß das Heer der Republik neue Formen

und einen neuen Geist aufweist. Alle lebendigen Kräfte und Bewegungen in Deutschland müssen herangezogen werden, an die neue Organisation der deutschen Wehrmacht aufzubauen, wie sie im Rahmen einer europäischen Verteidigung entstehen soll. Da und dort beschäftigen sich Konventikel von Generalen, Evangelische Akademien usw. mit der Gestaltung einer künftigen deutschen Wehrmacht. Dieser Rahmen ist für die Erörterung der Schicksalsfrage der deutschen Demokratie nicht breit genug. Keine politische Bewegung und kein sozialer Verband können der geschichtlichen Aufgabe genügen, die dem deutschen Volk gestellt ist, wenn sie keine Vorstellung davon haben, wie ein neues deutsches Heer aussehen soll und muß. Die Erklärung des DGB weist auf die unlösbare Verbundenheit von industrieller, sozialer und militärischer Politik hin. Es müßte vor allem verhindert werden, daß die Armee zum Tummelplatz all jener wird, die in dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nicht zurechtkommen. Ein Teil des Offizierskorps hat sich nach 1945 entschlossen auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt, hat sich nützlichen Berufen zugewandt und hat im sozialen und wirtschaftlichen Leben seinen Mann gestanden. Gerade dieser Teil strebt am wenigsten zur neuen Wehrmacht zurück, sondern vielmehr jene tun es, für die das Heer der einzige Hoffnungsschimmer geblieben ist, weil sie im zivilen Leben nicht zurechtgekommen sind. Es ist in den unteren Graden dasselbe. Schon beim Bundesgrenzschutz war ein Abströmen aus weniger qualifizierten Berufen zu dieser neuen deutschen Polizei festzustellen. Reine Freiwilligkeit ohne strenge Auslese müßte mit absoluter Sicherheit all die Gebrechen und die verhängnisvollen Fehler des deutschen Militarismus wieder entstehen lassen. In den Entwürfen des Beauftragten der Bundesregierung, Theodor Blank, ist anerkannt, daß im Zeitalter des Atomkrieges der Parademarsch nicht mehr der. Inbegriff der militärischen Ausbildung sein kann. Indem die technische, industrielle und soziale Erziehung des Soldaten vorangestellt wird, könnte erreicht werden, daß die Militärjahre nicht schlechthin verloren sind. Sie könnten ein Teil der beruflichen und industriellen Ausbildung darstellen. So verhindert man auch, daß der Soldatenberuf ein Beruf der für das Wirtschaftsleben Unbrauchbaren wird. Auslese muß daher der Grundsatz für die Aufstellung deutscher Formationen sein, gleichgültig, ob man ein Freiwilligenheer oder ein Heer der Wehrpflicht aufstellen will. Daraus erhellt zur Genüge, welche Rolle gerade die Gewerkschaften beim Aufbau einer, deutschen Armee spielen müssen. Das Heer der Re-

publik muß in die industrielle Welt eingefügt werden und nicht ihr Gegenpol (nämlich die Welt der Müßigen und sozial Nutzlosen) sein. Kommt es zu einer Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, dann wird es die Lebensfrage der deutschen Demokratie und ihre große Bewährungs- und Schicksalsprobe sein, ob sie eine neue Form des Heeres zu schaffen vermag und jene Armee zu begründen weiß, die ihrem Lebensgesetz entspricht.

#### **Tunis: Ein neues Schlachtfeld des kalten Krieges**

Der schwelende Aufruhr der arabisch-islamischen Welt ist in Tunis plötzlich zu einer grellen Stichflamme emporgeschossen. Der Anlaß war unscheinbar. Auseinandersetzungen über die Beteiligung der französischen Bevölkerung in Tunesien an der Verwaltung des Landes führten zu den ersten Unruhen. Die Verhaftung der Rädelsführer, der Häupter der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung, brachte das Land an den Rand von Revolution und Krieg. Der kalte Krieg in der Welt hat nun in Tunis ein neues Schlachtfeld gefunden.

Seit Jahren trägt Frankreich die Last des Krieges in Indochina. Der Krieg geht meist so gleichmäßig und gedämpft weiter, daß die Welt ihn vergißt. Nur die regelmäßig wiederkehrenden blutigen Sensationen, die Morde, Überfälle, Attentate, der Tod gewichtiger Persönlichkeiten an der Front erinnerte die Weltöffentlichkeit daran, daß Frankreich in Indochina wahrhaft Krieg führt. Paradoxerweise sieht daher Frankreich dem Ausgang der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea mit der größten Sorge entgegen. Es befürchtet, daß das China Mao Tse-tungs seine militärische Kraft und seinen außenpolitischen Ehrgeiz gegen Indochina wendet, sobald es in Korea nicht mehr gefesselt ist. Die chinesische Infiltration und Einwanderung in Indochina war von jeher stark. Ob eine baldige große Offensive der nationalistisch-kommunistischen Bürgerkriegsarmee des Vietminh wahrscheinlich ist, wird verschieden beurteilt. Aber Frankreich muß damit rechnen.

Tunis und Indochina drohen nun zu einem großen Aderlaß zusammenzufließen, der die politische, wirtschaftliche und soziale Kraft Frankreichs schwächt. Schon hat Frankreich erklären müssen, daß es seine europäischen Rüstungsverpflichtungen nicht voll erfüllen könne, weil die gemeinsame Verteidigung von Europa, Indochina und nun Tunesien über seine Kraft gehe.

Tunis war und ist ein Protektorat. Die französischen Rechte und die Anwesenheit französischer Truppen ruhen auf einem Vertrag mit dem Bey von Tunis. Der Bey war lange Zeit eine jener Puppen, deren sich die Herrschaft der europäischen Kolo-

nialmächte gerne bediente. Jetzt hat auch der Bey seine Sache auf die nationalistische Bewegung in Tunesien gestellt. Die neue Regierung Faure in Frankreich hat gegen die Stimmen der Gaullisten und Kommunisten die Zustimmung der Kammer zu einer Politik erlangt, die einerseits an der „Anwesenheit Frankreichs“ in Tunesien festhält, andererseits aber die Reformen fortsetzen will. Die Worte, die dabei Ministerpräsident Faure in der Nationalversammlung sprach, verdienen festgehalten zu werden, denn sie lassen sich leicht auf alle großen Probleme Europas anwenden. „Andere Wege sind möglich: die Preisgabe oder die nackte Gewalt. Wir gehen weder den noch den anderen; diese beiden politischen Wege sind einander näher als man glaubt... Man redet von Schwäche — Schwäche oder Festigkeit? Es bedarf der Festigkeit bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und bei der Verfolgung der größeren politischen Pläne. Aber es bedarf mehr Festigkeit, um zu versöhnen, als um Nein zu sagen oder nichts zu tun. Man lasse sich nicht durch eine Art Heimweh nach der Vergangenheit betören. Wenn wir uns unfähig erweisen, die neuen Formen zu finden, die durch die Entwicklung der Zeit verlangt werden, dann wäre das die wahrhafte Schwäche, die uns die Geschichte nicht verzeihen wird.“

Es ist ungewiß, ob Versprechungen, Zugeständnisse und Reformen den Sturm noch beschwören können. Gegen eine Explosion des Hasses und der Leidenschaften sind meist auch die vernünftigsten Angebote mit den schönsten Vorteilen machtlos. Das zusammengeballte faulende Massenelend der kolonialen Welt ist ein furchtbarer Wühler und bricht durch alle mühselig errichteten eisernen Vorhänge immer wieder zerstörend durch.

#### **Um die Präsidentschaft Amerikas**

General Eisenhower hat sich entschlossen, in den Kampf um die Nominierung für die amerikanische Präsidentschaft einzutreten. Es gibt ja zwei Präsidentschaftswahlen in den USA. Die erste ist die Nominierung auf den Nationalkongressen der beiden großen Parteien. Es wird zuerst darum gekämpft, wer von den beiden großen Parteien „nominiert“ wird. Es stehen also zunächst einige demokratische Kandidaten einander gegenüber und einige republikanische.

Eisenhower hat nunmehr erklärt, daß er Republikaner sei und daß er bereit sei, einem Rufe zu folgen. Möglich, daß es Ehrgeiz war, was ihn bestimmte, wahrscheinlicher aber ist, daß ihn Überlegungen der Politik dazu veranlaßt haben. Dunkel ist nicht nur das Herz der Könige, sondern auch das der Generale. Sein aussichts-

reichster Gegenkandidat ist Taft, der sich „Mr. Republican“ nennt und den „Amerikanismus“ mit der sozialen Reaktion identifiziert. Er ist der Haupturheber des Taft-Hartley-Act, der eine Kriegsansage an die Gewerkschaften war. Taft mißtraut der allzu engen Bindung an Europa, wo nach seiner Auffassung Regierungskontrolle und Sozialismus und ein verschwendungssüchtiger Wohlfahrtsstaat regieren. Er ist für die Beschneidung der staatlichen Verantwortung — in den USA selbst und in der ganzen Welt. Die USA-Regierung müsse aufhören, der St. Nikolaus ihrer Untertanen und aller Völker der Welt zu sein.

Taft leugnet — wie jeder amerikanische Politiker —, daß er Isolationist sei. Natürlich könnte auch Taft nicht die ganzen Weltverantwortungen der USA mit einem Schläge auf ein Nichts reduzieren. Es gibt hier sachliche Notwendigkeiten, die auch ein „Mr. Republican“ trotz seiner Programmreden anerkennen muß. Aber in der Tendenz zielt Mr. Taft auf eine Außenpolitik der USA, die weit mehr isolationistisch ist als die Trumans. Vielleicht ist es gerade das, was Eisenhower bewogen hat, in den Kampf um die Nominierung für die amerikanische Präsidentschaft einzutreten. Walter Lippmann hat bei den letzten Präsidentschaftswahlen erklärt, daß Eisenhower sich nur dann zur Verfügung stellen würde, wenn ein isolationistischer und der Weltpolitik überdrüssiger Präsident den Vereinigten Staaten drohe. Vielleicht will der Oberbefehlshaber in Europa Präsident werden, damit sein militärisches Werk in Europa nicht durch irgendeinen Mr. Republican in Trümmer geschlagen wird.

Auf der demokratischen Seite hat zuerst der Senator Kefauver erklärt, daß er sich um die Präsidentschaft bewerben wolle. Kefauver ist durch seinen Kampf gegen das organisierte Verbrechen hervorgetreten. Er hat in einem großen Kongreßbericht der Korruption und dem Verbrechen den Krieg angesagt. Aber auch Präsident Truman hat — nach langer Ungewißheit über seine Absichten — am 5. Februar „seinen Hut in den Ring geworfen“. Er hat sich bei den am 5. März stattfindenden Vorwahlen in New Hampshire als Kandidat für die Nominierung zur Präsidentschaftswahl aufstellen lassen. Er verkörpert eine zugkräftige Sache, und er kommt als Figur und als Politiker dem moralistischen und puritanischen Grundzug der amerikanischen Politik weit entgegen.

#### **Churchills Bittfahrt**

Als Winston Churchill noch Führer der Opposition war, wurde sein Besuch in den USA nach dem Siege im Weltkrieg zu einem Triumphzug. In Fulton hat er damals die Politik verkündet, die faktisch die Richtschnur für die Weltpolitik geworden

ist. Damals hat er vom Eisernen Vorhang gesprochen. Damals hat er die Völker aufgerufen, sich dem Vordringen der roten Weltmacht entgegenzuwerfen. Er hat die Melodie angeschlagen, die fortan in der Weltpolitik gespielt worden ist.

Diesmal war es anders, als er als das Haupt von Seiner Majestät Regierung nach Amerika ging. Die von vielen Beobachtern erwarteten schweren Spannungen zwischen ihm und der amerikanischen Staatsführung traten zwar nicht auf. Der Besuch ist wärmer und freundschaftlicher verlaufen, als man geglaubt hatte. Aber in der Sache hat Winston Churchill sich vor der Weltstellung der USA beugen müssen. Bevor er zu seiner Fahrt aufbrach, erlebte England schwere wirtschaftliche Krisen. Churchill hat wiederholen müssen, was die Labour-Regierung vor ihm gesagt hatte: daß es über die Kraft Englands gehe, in jenem Maße aufzurüsten, wie es die amerikanischen Planer vorgesehen hatten. Churchill ging dabei soweit, nicht nur der Regierung selbst, sondern sogar dem Rebellen Bevan recht zu geben, der aus der Regierung Attlee ausgetreten war, weil ihm das Ausmaß der englischen Rüstung zu groß erschien. Churchill erklärte mit dürren Worten, daß Bevan recht gehabt habe, als er den Rüstungsplan der Regierung Attlee als unerfüllbar bezeichnet hatte.

Winston Churchill hat wohl die Zusicherung wirtschaftlicher Hilfe aus den USA mit nach Hause gebracht. Es ist so gut wie sicher, daß die Regierung der USA aus dem Hilfsprogramm Amerikas für die Welt eine erhebliche Summe für England abzweigen will. Auch die Forderung Englands, mehr mit Rohstoffen bedacht zu werden, ist zu einem gewissen Teil erfüllt worden.

Dafür hat der englische Premierminister wohl die englische Weltpolitik an die amerikanische Weltpolitik anpassen müssen. Er hat zwar die grundsätzlichen Konzeptionen der englischen Außenpolitik nicht aufgegeben; auch er bremst gegen die allzustarke Verwicklung der USA in den fernöstlichen Krieg; auch er beschwört die Staatsführung der USA, sich nicht in einen großen Krieg im Fernen Osten hineinreißen zu lassen. Er hat auch grundsätzlich nicht die Anerkennung Rotchinas widerrufen; aber er hat sich verpflichtet, an der Seite Amerikas zu stehen, wenn nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen in Korea der Krieg wieder begännen. Auch hat er sich bereit erklärt, an der Verteidigung Formosas gegen Rotchina teilzunehmen. Den stärksten Ausdruck findet die Unterordnung Großbritanniens unter die amerikanische Weltpolitik dadurch, daß Winston Churchill nun doch zugestimmt hat, den Oberbefehl über die Flotte des Atlantikpakts einem amerikanischen Admiral zu überlassen.